

HAZ 18.6.81
Tumultartige Betriebsversammlung bei VAW

Vor dem Werkstor verlangten Ehefrauen und Kinder Einlaß

Produktion stockte / Delegation fährt nach Bonn

Betriebsrat und IG Metall wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entlassung von 334 Mitarbeitern des Unternehmens VAW Leichtmetall in Ricklingen zu verhindern. Wie am Dienstag im Anschluß an eine außerordentliche Betriebsversammlung bekannt wurde, wird eine Abordnung des Betriebsrates und der Gewerkschaft in der nächsten Woche gemeinsam mit Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg nach Bonn reisen, um sich im Finanzministerium für den Erhalt der Arbeitsplätze in dem bundeseigenen Unternehmen einzusetzen. Die Firmenleitung versicherte vor der Belegschaft, die nach der Entlassung verbleibenden Arbeitsplätze seien „in keiner Weise gefährdet“.

Kurz vor Beginn der Betriebsversammlung, auf der die Geschäftsführung der VAW Leichtmetall die geplanten Maßnahmen bekanntgeben wollte, hatten sich vor dem Werkstor mehr als 100 Frauen von Betriebsangehörigen versammelt und Einlaß gefordert. Nach Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werksleitung durften die Frauen gemeinsam mit ihren Kindern an der Versammlung teilnehmen. Nachdem Firmensprecher Dr. Hans-Joachim Bilo aus Bonn die einschneidenden Maßnahmen erläutert hatte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den um ihre Arbeitsplätze bangenden Beschäftigten.

Polemische Angriffe auf die Verantwortlichen und Kritik an der Unternehmenspolitik lösten sich ununterbrochen ab. „Die Wellen schlugen hoch“, berichtete später Betriebsratsvorsitzender Hans-Joachim Kuck. Er wiederholte die bereits am Montag geäußerten Vorschläge zur Abwendung der Entlassungen (Fortsetzung der Kurzarbeit, Arbeitsplatzeinsparungen durch Fluktuationsausgleich, keine Überstunden) und betonte, daß die Belegschaft nicht bereit sein werde, die Massenentlassungen einfach über sich ergehen zu lassen. Auch der zweite Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hannover, Hans Berkentien, versicherte den aufgebrachtten Mitarbeitern, man wolle sich für jeden einzelnen Arbeitsplatz einsetzen.

Als nach dreieinhalbständiger Versammlung – von 1400 Beschäftigten hatten über 1200 daran teilgenommen – die Arbeit fortgesetzt werden sollte, kam es überall zu Stockungen in der Produktion. „Da kommt heute nichts mehr in Fluß, die Kollegen sind zu sehr geschockt“, sagte Kuck. Der Betriebsrat, der dem Kündigungsbegehren widersprochen hat, will vorerst nicht über einen Sozialplan verhandeln, sondern im Wirtschaftsausschuß des Gesamtunternehmens am 30. Juli von der Unternehmensleitung ausführliches Material zur wirtschaftlichen Lage der Firma verlangen.

In einer Stellungnahme der VAW Leichtmetall wurde die geplante Entlassung mit dem starken Auftragsrückgang im Strangpreßbetrieb begründet, der nicht allein konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe habe und die gesamte Branche treffe. Selbst bei einer Nachfragebelebung sei nicht damit zu rechnen, daß alle installierten Pressen im Werk an der Bückeburger Allee wieder voll ausgelastet werden. Unwirtschaftliche, mitunter 40 Jahre alte Produktionsanlagen sollen daher stillgelegt werden. Im hannoverschen Werk seien in den letzten Jahren allein 60 Millionen Mark für Maschinen in der Gießerei, im Preßwerk, in der Schmiede und in der Rohrschweißerei investiert und damit neue Arbeitsbereiche geschaffen worden. Die vorgesehene Entlassung eines Teils der Beschäftigten werde dazu führen, daß die anderen Arbeitsplätze wirtschaftlich abgesichert werden.

Werksleiter Dr. Rudolf Kader erklärte auf Anfrage der HAZ, die ersten Kündigungen von Arbeitern und Angestellten sollen nach den Ferien im September ausgesprochen werden. „Falls der Betriebsrat zustimmt, zieht sich die gesamte Aktion bis Mitte 82 hin.“

Im Werk Hannover (Umsatz 1980: 220 Millionen) soll auch weiter investiert werden. Schon bald soll mit der Fertigung von Aluminiumrädern für Mercedes begonnen werden. „Wir haben immer wieder auf die schwierige Lage des Werkes hingewiesen. Das es zu Entlassungen kommen würde, wissen wir auch erst seit einem bis zwei Monaten.“

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Hannover-Stadt hat in einem Telegramm an die Bundesregierung gefordert, alles zu tun, um die Arbeitsplätze bei VAW zu erhalten. An die Unternehmensleitung wurde appelliert, „diese arbeitsmarktfeindlichen Pläne fallenzulassen.“ WSt